



Förderantrag „Balkon-Photovoltaik-Anlage“

Ortsgemeinde Waldalgesheim, Kreuzstraße 2, 55425 Waldalgesheim

Bitte senden an: verwaltung@waldalgesheim.de

Hiermit beantrage ich gemäß der Förderrichtlinie „Installation von Balkon-Photovoltaik-Anlage“ der Ortsgemeinde Waldalgesheim Fördermittel für die Installation einer „Balkon-Photovoltaik-Anlage“. Voraussetzung dafür ist, dass die Anlage auf dem Ortsgebiet der Ortsgemeinde Waldalgesheim/Genheim betrieben wird.

AntragstellerIn:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer PLZ, Ort

E-Mail : _____

Bankverbindung:

Hinweis: Kontoinhaber muss dem Namen des Antragsstellenden entsprechen

Bankinstitut

IBAN

Angaben zur Maßnahme:

Standort: Straße, Hausnummer PLZ, Ort:

Bei Wohnungen: Lagebeschreibung (z.B. Dachgeschoss/DG, rechts):

Installierte Anlagenleistung (Wp)

Ich stelle den Antrag als:

☐ EigentümerIn

☐ MieterIn

Folgende Nachweise sind dem Förderantrag beizufügen:

- ☐ Kopie des Personalausweises des Antragstellers oder dessen Vertreter
(Die Schwärzung der nicht zur Identifizierung notwendigen Daten ist möglich.)
- ☐ Kopie der Rechnung über die angeschaffte Anlage (Kaufdatum ab 01.07.2024)
- ☐ Aussagekräftiges Foto des montierten Balkonkraftwerkes
- ☐ Gegebenenfalls denkmalschutzrechtliche Genehmigung

Der Antrag gilt erst als eingegangen, wenn alle Unterlagen vollständig vorliegen.
Unvollständige Anträge werden nicht bearbeitet.

- ☐ Ich versichere mit meiner Unterschrift, dass die Angaben vollständig und richtig sind.
Ich habe die Förderrichtlinie „Installation von Balkon-Photovoltaik-Anlage“ der
Ortsgemeinde Waldalgesheim gelesen und erkenne diese an.
- ☐ Ich willige ein, dass die Ortsgemeinde Waldalgesheim meine Daten im Rahmen des
Förderprogramms „Installation von Balkon-Photovoltaik-Anlage“ der Ortsgemeinde
Waldalgesheim verarbeiten darf.

Die bei der Beantragung erhobenen Daten werden elektronisch gespeichert und weiterverarbeitet. Die Verarbeitung erfolgt ausschließlich zur Antragsbearbeitung und -entscheidung durch die Ortsgemeinde Waldalgesheim und die VG Rhein Nahe. Ihre personenbezogenen Daten werden nur an Dritte übermittelt, wenn dies zum Zwecke der internen Abwicklung erforderlich ist.

Weitere Datenschutzhinweise finden Sie im Anhang oder unter www.rhein-nahe.de

Ort und Datum Unterschrift AntragstellerIn:

Informationen gemäß Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
Verarbeitungstätigkeit: Förderungen Klimaschutzmanagement

- **Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?**

Verbandsgemeinde Rhein Nahe, Koblenzer Straße 18, 55411 Bingen
Ortsgemeinde Waldalgesheim Ansprechperson:
Ortsbürgermeister, Kreuzstraße 2, 55425 Waldalgesheim

- **Wer ist Datenschutzbeauftragte/r?**

Verbandsgemeindeverwaltung Rhein Nahe
Frau Nina Heinke
Koblenzer Straße 18
55411 Bingen am Rhein

- **Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden Daten verarbeitet?**

Ihre im Antrag angegebenen personenbezogenen Daten werden von der Ortsgemeinde Waldalgesheim und der VG Rhein Nahe zum Zweck der Bearbeitung Ihres jeweiligen Antrages, der Bewilligung sowie Auszahlung der Fördergelder verarbeitet und gespeichert.

Rechtsgrundlage: Die Rechtsgrundlage für die o.g. Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO, Art. 7 DSGVO (Einwilligung).

- **Welche Daten / Datenkategorien sind betroffen?**

Name, Vorname, Anschrift des Antragstellers

Bankverbindung

Standortangaben

- **Wer bekommt Ihre Daten?**

Ihre personenbezogenen Daten werden durch die Ortsgemeinde Waldalgesheim und die Verbandsgemeinde Rhein Nahe innerhalb des Klimaschutzmanagements bearbeitet. Eine Auszahlung der Fördermittel erfolgt durch die entsprechenden Abteilungen.

- **Übermittlung an Drittland ?**

Es findet keine Datenübermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation statt.

- **Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?**

Ihre Daten werden bis zum Ende der Zweckbindungsfrist gespeichert.
VG Rhein Nahe, Koblenzer Straße 18, 55411 Bingen/Rhein,
Ortsgemeinde Waldalgesheim, Kreuzstraße 2, 55425 Waldalgesheim

- **Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).

Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Artikel 16 DS-GVO)

Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, insbesondere

- soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit,
- wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
- wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
- wenn bei einem Widerspruch nach Artikel 21 Absatz 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Recht auf Widerspruch nach Artikel 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, dass die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

- **Wo können Sie sich beschweren?**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz/Kontaktdaten:
und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz Telefon: 06131-208-2449
Hintere Bleiche 34 Telefax: 06131-208-2497
55116 Mainz Website: www.datenschutz.rlp.de
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de